

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Jugendhilfeausschuss	17.01.2017
Ausschuss Schule und Weiterbildung	30.01.2017

Anfrage der Piratengruppe "KidS - Kommunalpolitik in die Schule " - auch was für Köln?

Die Piratengruppe bittet, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung zu setzen:

Um Schülerinnen und Schüler an die Kommunalpolitik heranzuführen, sieht das Konzept vor, dass sie Ratsmitglieder zu Ausschuss- oder Ratssitzungen begleiten. Des Weiteren sollen sie durch den Besuch der Fraktionen und Gruppen Einblick in die Arbeit der kommunalen Vertreter erhalten. Kommunen wie Aachen und Osnabrück zeigen sich begeistert und sind von diesem Konzept gegen Politikverdrossenheit überzeugt. Die Piratengruppe hatte sich auch schon 2014 Gedanken gemacht, wie man junge Kölnerinnen und Kölner für die Kommunalpolitik gewinnen könnte. Einstimmig wurde unser Antrag „Köln liebt dich“ – Politik und Tanz im Kölner Rathaus angenommen. Leider hapert es immer noch an der Umsetzung des Antrags, die eigentlich schon für 2015 geplant war.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Stadtverwaltung:

1. Wie bewertet die Stadtverwaltung das Konzept „KidS – Kommunalpolitik in die Schulen“?
2. Wie hoch schätzt die Stadtverwaltung den Aufwand der Einrichtung und Durchführung des Konzeptes?
3. Welche anderen Maßnahmen, um Kinder und Jugendliche für die Kommunalpolitik zu begeistern, sind in Planung?
4. Wie weit ist die Stadtverwaltung mit der Umsetzung des Antrags "Köln liebt dich – Politik und Tanz im Kölner Rathaus"?
5. Wie ist der aktuelle Sachstand zum Kinder- und Jugendförderplan, und welche neuen Maßnahmen werden dort im Bereich Partizipation vorgeschlagen?

Die Kinder- und Jugendverwaltung nimmt hierzu wie folgt Stellung:

Zu1.:

Das Projekt „KidS-Kommunalpolitik in die Schule“ sieht vor, dass Ratsmitglieder als Mentoren für Schülerpraktikanten der 10. Klassen verschiedener Schulformen über einen Zeitraum von vier bis sechs Wochen zur Verfügung stehen, um Kommunalpolitik direkt und authentisch erfahrbar zu machen. Während dieser Zeit begleitet der Praktikant den Mentor so weit wie möglich zu allen mit dem politischen Amt in Zusammenhang stehenden Terminen. Der Mentor erläutert dem Praktikanten in-

haltliche Zusammenhänge und stellt zum Verständnis notwendige Unterlagen zur Verfügung.

Die Zusammenarbeit zwischen Mentor und Praktikant erfolgt in eigener Verantwortung.

Es gibt jeweils eine gemeinsame Einführungsveranstaltung, in der über die Arbeit des Rates im Allgemeinen und des Projektes im Besonderen informiert wird.

Es ist wichtig zu wissen, dass die Termine der Ratsmitglieder in der Freizeit der Schülerpraktikanten stattfinden. Daher müssen sie freiwillig viel freie Zeit für das Projekt aufbringen. Auch für die teilnehmenden Ratsmitglieder bedeutet das Projekt einen erheblichen Mehraufwand.

Dennoch bietet das Projekt die Chance der direkten Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen und Ratsmitgliedern, die es beiden Seiten ermöglicht besondere Erfahrungen zu machen, die verschiedenen Sichtweisen zu erleben und voneinander zu lernen.

Zu 2.:

Die Aufgabe der Verwaltung besteht in der Vorbereitung und Koordination des Konzeptes zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Der Aufwand der Konzeptumsetzung kann erst nach Fertigstellung des Konzeptes benannt werden.

Zu 3.:

Seit vielen Jahren findet in Köln der Tag der Jugend im Rathaus statt. Da sich der Tag der Jugend bewährt hat, ist die Durchführung auch für 2017 geplant.

Er hat die Aufgaben über das Tätigkeitsfeld von Rat und Verwaltung zu informieren, politische Entscheidungen nachvollziehbar zu machen, das Interesse an Zusammenhängen von Lebensalltag und Politik zu wecken sowie Begegnungen und Austausch zwischen jungen Menschen und Personen von Rat und Verwaltung zu fördern.

Der Tag der Jugend im Rathaus ermöglicht es jährlich ca. 90 Schülerinnen und Schülern verschiedener Schulformen Politik hautnah zu erleben und ihre Themen einzubringen.

Die Schulklassen bilden in der Vorbereitung fiktive Fraktionen und bestimmen ein gemeinsames Thema, welches sie am Tag der Jugend im Rathaus in eine gespielte Ratssitzung einbringen. Reale Fraktionsmitglieder stehen den Jugendlichen beratend und begleitend zur Seite, gleichzeitig erleben sie die Sichtweisen und Einschätzungen junger Menschen im direkten Vergleich.

Zur 4.:

Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept in dem strukturelle Partizipation im Vordergrund steht und weniger Eventpolitik

Dies geschieht vor dem Hintergrund, eine hohe Nachhaltigkeit zu erzielen.

Zu 5.:

Der Kinder- und Jugendförderplan für den Planungszeitraum 2016 bis 2020 beschreibt aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen und entsprechende Maßnahmen, diesen Herausforderungen zu begegnen. Der Kinder- und Jugendförderplan ist als Mitteilung zunächst in den Jugendhilfeausschuss am 13.09.2016 („1. Lesung“) eingebracht und anschließend in den Bezirksvertretungen vorgestellt und erörtert worden. In der JHA-Sitzung am 13.12.2016 („2. Lesung“) wurde der Kinder- und Jugendförderplan abschließend entgegen genommen.

Zum Thema Partizipation werden hier folgende Maßnahmen genannt, die im Laufe des Planungszeitraumes umgesetzt werden sollen:

- Entwicklung eines Partizipationskonzeptes
- Durchführung einer Jugendbefragung
- Realisierung von jugendgerechten Angeboten im öffentlichen Raum
- Stärkung der Selbstorganisation junger Menschen in der Jugendverbandsarbeit

Das Partizipationskonzept ist in Arbeit. Es ist prozessorientiert als sog. „lernendes Konzept“ angelegt. Es wird dem Fachausschuss im Frühjahr 2017 vorgelegt.

Zeitgleich arbeitet die Verwaltung daran mit, das Partizipationskonzept in den „Leitlinienprozess Bürgerbeteiligung“ einzubinden.

Die Jugendhilfeplanung diskutiert zudem mit der Jugendverwaltung und den Mitgliedern des AK § 80 SGB VIII grundlegende Fragen in Bezug auf die Durchführung einer Jugendbefragung. Die Jugendbefragung soll mit dem Gesamtkonzept zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen verknüpft werden. Bis spätestens des 2. Quartals 2017 ist beabsichtigt, konkrete Vorschläge zur Umsetzung

der Jugendbefragung zu entwickeln und vorzustellen. Das Konzept zur Jugendbefragung wird – auch aufbauend auf den Erfahrungen anderer Kommunen – darstellen, wer genau, wie, zu welchen Inhalten befragt werden soll, wann dies zeitlich umsetzbar ist und welche Kosten anfallen werden.

Die Richtlinie zur Förderung der Jugendverbände wurde überarbeitet und im JHA am 13.12.2016 beschlossen. Sie trat am 01.01.2017 in Kraft. Die Verwaltung hat mit dem Kölner Jugendring ein Beteiligungsverfahren entwickelt, das den Jugendverbänden ermöglicht, die Richtlinie weitgehend in eigener Verantwortung umzusetzen.

Gez. Dr. Klein